

Impulse Grüner Wirtschaftspolitik

Alternativen zur Blauschwarzen Stagnation

Pressekonferenz

mit

Abg. z. NR. Prof. Alexander **Van der Bellen**, Klubobmann der Grünen

Abg. z. NR. Dr. Eva **Glawischnig**, Umweltsprecherin der Grünen

Volker **Plass**, Grüne Wirtschaft

4.10.2002

Impulse Grüner Wirtschaftspolitik

Kurzfassung

Die **Wachstumsaussichten für Österreich** wie auch für den gesamten EU-Wirtschaftsraum sind deutlich **schlechter** als noch bis vor kurzem angenommen. Gleichzeitig **steigt** das **Budgetdefizit** heuer und vermutlich auch nächstes Jahr wieder deutlich an. Der **Arbeitsmarkt steht unter erhöhtem Druck**: die Beschäftigung geht zurück, parallel dazu **steigt die Arbeitslosigkeit** außerordentlich stark an. Die Blauschwarze Bundesregierung ist weitgehend handlungsunfähig. Die Grünen meinen daher, dass es **spätestens jetzt dringend nötig** ist **wachstumsstabilisierende Maßnahmen** zu setzen.

Nachdem die **Blauschwarze Bundesregierung** den wirtschaftlichen Ernst der Lage – trotz anhaltender Hinweise der Opposition – die längste Zeit ignoriert hat, versucht sie nun – wahlkampfmotiviert – leider **kaum wirksame „Horrück-Maßnahmen“ zur Konjunkturbelebung** umzusetzen. Diese Art der „Wirtschaftspolitik“ ist jedoch **weder ziel führend noch sinnvoll**.

Aus Grüner Sicht wäre es nun vor allem wichtig eine **koordinierte makroökonomische Stabilisierungspolitik** auf gesamteuropäischer Ebene anzustreben. Dabei ist natürlich weiterhin auf Haushaltsdisziplin zu achten. Jedoch sollte ein **ausgeglichener Haushalt über den Zeitraum einer gesamten Konjunkturperiode** angepeilt werden. Eine **Unterscheidung** von **aktuellem** (also konjunkturabhängigem) und **strukturellem Budget** (bereinigt um Konjunkturfaktoren) wäre dazu sehr hilfreich. In diesem Sinne begrüßen die Grünen auch den ersten Vorstoß der EU-Kommission zur flexibleren Auslegung der Kriterien des Stabilitätspaktes.

Während mit kurzfristigen Maßnahmen letztlich immer nur wirtschaftspolitische Krisen bekämpft werden, stehen für die Grünen vor allem **mittel- bis langfristige Wirtschaftsstrategien** im Zentrum. Im folgenden sollen daher einige **Impulse Grüner Wirtschaftspolitik** vorgestellt werden.

Neue Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik:

- Modellprojekt: berufsfeldorientierte, modulare Lehre
Flexible Lehrlingspolitik als vorausplanende Strategie zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit.
- Modellprojekt: Ausbildungsverbünde
Forcierung und Förderung des Zusammenschlusses mehrerer Klein- und Mittelbetrieb zur Nutzung von Synergieeffekten in der Lehrlingsausbildung.

Ökologische Wirtschaftspolitik – Moderne Innovationspolitik:

- Modellprojekt: Weitere Liberalisierungsschritte in der Gewerbeordnung
Eine moderne Wirtschaft braucht passende Rahmenbedingungen.
- Modellprojekt: Forschungsanreize für Wirtschaft und Industrie
Starthilfen, Steueranreize, Abschreibungen, Kredite und Förderung des koordinierten Wissenstransfers als Motivationsanreiz für Wirtschaft und Industrie verstärkt zu forschen.

Nachhaltige Finanz- und Budgetpolitik:

- Modellprojekt: Ökosoziale Steuerreform
Reduziert die Besteuerung von Arbeit und belohnt umweltgerechtes Verhalten.
- Modellprojekt: Entlastung unterer Einkommensschichten
Konjunkturförderung durch Kaufkraftstärkung mit sozialer Verantwortung.

Impulse Grüner Wirtschaftspolitik

Langfassung

Die **Wachstumsaussichten für Österreich** wie auch für den gesamten EU-Wirtschaftsraum sind deutlich **schlechter** als noch bis vor kurzem angenommen. Das bestätigten jüngst auch die beiden Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und IHS mit ihrer Revision der Konjunkturprognosen. Gleichzeitig **steigt** das **Budgetdefizit** heuer und vermutlich auch nächstes Jahr wieder deutlich an. Vom vielbeschworenen **Nulldefizit ist längst nicht mehr die Rede**. Dieses hat aber leider auch dazu beigetragen, dass die gegenwärtige Inlandskonjunktur sehr schwach ist. Dadurch bedingt ist auch der **Arbeitsmarkt unter starken Druck** gekommen, was sich in einer Abnahme der Beschäftigung bei gleichzeitigem **Anstieg der Arbeitslosigkeit** äußert. **Seit 1945 waren in Österreich noch nie so viele Personen arbeitslos!** Die Grünen meinen daher, dass es **spätestens jetzt dringend nötig** ist wachstumsstabilisierende Maßnahmen zu setzen.

Jenseits der schlechten Konjunkturlage erscheint es aber zumindest ebenso wichtig, **mittel- bis langfristige Wirtschaftsstrategien** zu entwerfen. Im folgenden sollen daher folgende **innovative Impulse Grüner Wirtschaftspolitik** vorgestellt werden.

Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit:

Seit Mitte 2001 nimmt die Arbeitslosigkeit in Österreich stetig zu. Mittlerweile hat es die blauschwarze Bundesregierung durch ostentatives Nichtstun sowie durch ihre Nulldefizitfixierung soweit gebracht, dass die **Zahl der vorge-merkten Arbeitslosen in Österreich auf dem seit 1945 höchsten Stand** angelangt ist. Noch nie waren im August – also mitten in der Hochsaison – so viele Menschen arbeitslos wie 2002: (199.684). **Steigende Arbeitslosigkeit hat**, neben den individuellen Problemlagen, die durch ungewollte Erwerbsunterbrechungen entstehen, auch weitreichende **negative Effekte auf die Volkswirtschaft**: Dequalifizierung, steigende Ansprüche auf Versicherungsleistungen, Steuerausfälle sowie verminderte Kaufkraft sind nur einige davon. All das wirkt krisenverstärkend und hat **negative Auswirkungen auf das Budget**. **Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wirken somit konjunkturstabilisierend**.

➤ **Modellprojekt: berufsfeldorientierte, modulare Lehre**

Die Grünen fordern insbesondere **vorausplanende Strategien zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit** wie beispielsweise eine **berufsfeldorientierte, modulare Lehre**, die durch folgende vier Punkte charakterisiert werden kann:

- **Verbreiterung der Lehre von Berufen in Richtung Berufsfelder** – nicht Elektro/mechaniker/techniker/etc. sondern allgemeine Elektrofachkraft. Da Berufsbilder immer rascher werdenden Veränderungen unterliegen, sollte eine moderne Lehrausbildung auf breit angelegte Grundlagenvermittlung und nicht auf Spezialistentum abzielen.
- Die **Ausbildungssysteme** sollten **durchlässiger** gestaltet werden – den Lehrlingen sollte der Eintritt in Fachhochschulen oder an die Universität wesentlich erleichtert werden; zumindest für die jeweils einschlägigen Fachrichtungen.
- Für jedes Berufsfeld müssen **Weiterbildungsmodule** entwickelt werden, die in 10-15 Jahren nach Lehrabschluss absolviert werden können. Diese Module sollten ins Lehrprofil aufgenommen werden um Perspektiven des Berufsfeldes (jenseits der Meisterprüfung) aufzuzeigen – es müssen quasi „Update Möglichkeiten“ institutionalisiert werden, um dem raschen beruflichen Wandlungsprozessen gerecht werden zu können.
- **IKT- und Fremdsprachenunterricht** sollten fixer Bestandteil einer jeden Lehre sein.

➤ **Modellprojekt: Ausbildungsverbünde**

- **In Ausbildungsverbänden schließen sich Betriebe zusammen, um gemeinsam Lehrlinge auszubilden.** Ursprünglich waren solche Verbünde für KMUs gedacht, die alleine keine Ausbildungskapazitäten und aus sonstigem Grund kein Interesse an der Lehrlingsausbildung hatten. Heute gibt es insbesondere in Deutschland und der Schweiz, aber auch in anderen europäischen Ländern, bereits zahlreiche Ausbildungsverbünde. Das Konzept wurde dabei sowohl auf andere Ausbildungsformen (wie z.B. der betrieblichen Weiterbildung im Rahmen von Qualifizierungsverbänden wie in Österreich) als auch auf andere als kleine oder mittlere Betriebe ausgedehnt. In einem Kanton der Schweiz haben sich zum Beispiel zwei mittlere bis große Firmen zu einem Ausbildungsverbund zusammengeschlossen, deren Kompetenzen sich gegenseitig ergänzen. Zusammen bilden sie derzeit rund 100 Lehrlinge aus. Ein anders gelagertes Beispiel ist der Berliner **Ausbildungsverbund für IT-Berufe**, der vom Bundesverwaltungsamt geleitet wird und mehrere Berliner Bundesbehörden umfasst.

Eine Weiterentwicklung dieses Modells könnte nun darin bestehen, dass **öffentliche Einrichtungen Ausbildungsverbünde mit privaten Betrieben initiieren, organisieren und leiten**. So könnte die **öffentliche Hand** selber wieder vermehrt Lehrlinge ausbilden und auf relativ kostengünstige Weise zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze anregen, indem sie **im Rahmen eines Verbundes KMUs organisatorische und administrative Arbeiten**, die im Rahmen der Ausbildung anfallen, **abnimmt**. Auch weiterreichende **Synergien von öffentlichen und privaten Kompetenzen** könnten so die **Qualität der Ausbildung stärken**.

➤ **Modellprojekt: Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit**

Besonders betroffen sind zur Zeit traditionelle Ausbildungsberufe mit einem überproportionalen Anteil an Lehrlingen, für die nach der Gesellenprüfung in ihrem Betrieb keine Verwendung mehr ist und die erfolglos auf den Arbeitsmarkt drängen, beispielsweise in der Baubranche, aber auch in anderen Berufen. **Zur Überbrückung** sollten in den Höheren Technischen Lehranstalten (HTL) **Ausbildungsmodule** angeboten werden, in denen sich **GesellInnen höher qualifizieren** können, gegebenenfalls bis zur Maturareife. Ebenso ist der signifikant traditionellen Berufsauswahl junger Mädchen durch Ausbau der Fördermaßnahmen für Mädchen in männerdominierten Berufen entgegenzuwirken.

➤ **Modellprojekt: Ausbau des Auffangnetz für Jugendliche**

Der **Ausbau des Auffangnetz für Jugendliche** wird von den Grünen **grundsätzlich begrüßt**. Jedoch ist das nur eine Second-Best-Strategie, die eher als Feuerwehrmaßnahme zu charakterisieren ist. Außerdem greift sie zu kurz. Nach der jüngsten Statistik **fehlen aktuell mehr als 5000 Lehrstellen** in Österreich. Die Blauschwarze Regierung will aber um maximal 1000 Lehrstellen aufstocken. Was machen die restlichen 4000?

Die Grünen fordern, dass allen Lehrlingen, die keine Lehrstelle finden, eine staatliche Ausbildungsmöglichkeit angeboten werden muss. Dies können sowohl Lehrlingsstiftungen als auch ganzjährige Berufsschulen mit Praxisausbildung sein. Ziel soll es aber sein so viele Lehrlinge wie möglich im dualen System unterzubringen.

➤ **Modellprojekt: Kinderbetreuungseinrichtungen**

Die **zentrale Voraussetzung** für viele Frauen am Erwerbsleben teilnehmen zu können ist leider nach wie vor die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Entgegen dem von der Blauschwarzen Regierung verfolgten Ziel, mittels Kinderprämie, Frauen aus dem Erwerbsleben zumindest mittelfristig auszuklinken, sehen die **Grünen** den **zielführenderen Weg im Ausbau von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen**, insbesondere in ländlichen Regionen, in denen nach wie vor eine krasse Unterversorgung festzustellen ist. Ein verstärkter Ausbau ganztägiger Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Einrichtung von Kinderkrippen **schafft** nicht nur indirekt die Voraussetzung für Frauen arbeiten gehen zu können, sondern **auch direkt neue Arbeitsplätze**: im Bausektor sowie im Kinderbetreuungsbereich. Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen **ist somit auch beschäftigungs- und konjunkturstabilisierend**.

➤ **Modellprojekt: Wiedereinstieg**

Der zweite wichtige **Ansatzpunkt** zur Unterstützung von Frauen am Arbeitsmarkt liegt nach Ansicht der Grünen im Bereich **Reintegration**. Viele Frauen müssen ihre Erwerbskarriere unterbrechen und wollen nach einer Karenzphase wieder arbeiten gehen. Das ist in Zeiten schlechter Konjunktur und zunehmender Arbeitslosigkeit besonders schwer. Insofern haben Frauen zur Zeit noch schlechtere Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und werden zu dem oft in prekäre nicht existenzsichernde Arbeitsverhältnisse gedrängt. Dem muss gezielt entgegengewirkt werden.

Die **Grünen fordern** daher **spezifische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die Frauen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern** und den **Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern entgegenwirken**. Z.B.: verstärkter Ausbau **frauenspezifischer Arbeitsstiftungen**, in denen für moderne und zukunftssträchtige Berufe (z.B. im IKT- oder im privatwirtschaftlichen und öffentlichen Dienstleistungsbereich) fundiert

ausgebildet wird. Ebenso sollte entsprechend geschultes **Betreuungspersonal** Frauen **beim Jobwiedereinstieg** beratend zur Seite stehen.

➤ **Modellprojekt: Qualifikation**

Niedrig qualifizierte Arbeitskräfte haben ein extrem hohes Risiko arbeitslos zu werden. Somit ist für die Grünen **Bildung ein zentrales Element zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit**. Während die blauschwarze Strategien vor allem eine „*Bekämpfung der Arbeitslosen*“ betrieb, versucht das Grüne Konzept sowohl Arbeitslose als auch von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen (also auch Personen, die *noch* beschäftigt sind) durch Qualifikationsangebote zu unterstützen. Neben **verstärkten Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose**, wird insbesondere auch das **Recht auf Bildungskarenz** sowie die Möglichkeit von **Teilzeitarbeit bei gleichzeitiger Aus- und Weiterbildung** gefordert. Der **geschlechtsspezifischen Segregation am Arbeitsmarkt** ist durch entsprechende **Förderprogramme für Frauen** (vor allem in männerdominierten Berufen) **entgegenzutreten**. Insbesondere sind arbeitsmarktpolitische Angebote und Höher-Qualifizierungsmaßnahmen für in Beschäftigung stehende ArbeitnehmerInnen auszuweiten (z. B. für atypisch Beschäftigte).

➤ **Modellprojekt: Förderung von Lerninseln**

Lerninseln sind ein Beispiel innovativer und kostengünstiger Lernformen, die lernen und Arbeiten in modernen Arbeitsprozessen systematisch verbinden. Lerninseln entstanden Anfang der 90er Jahre zunächst in der gewerblich-technischen Berufsausbildung und haben seither eine starke Verbreitung und Differenzierung erfahren und wurden im kaufmännischen Bereich und in der betrieblichen Weiterbildung übernommen. Lerninseln zeichnen sich durch folgende konzeptionelle Merkmale aus:

- Lerninseln sind mit Lernausstattungen angereicherte Arbeitsplätze, in denen reale Arbeitsaufträge bearbeitet werden und gleichzeitig eine Qualifizierung stattfindet.
- Die Arbeitsaufträge verstehen sich als „ganzheitliche Arbeit“, sie bieten durch Komplexität, Problemhaltigkeit und Variantenreichtum gute Möglichkeiten zum Lernen.
- In Lerninseln wird in der Gruppe gearbeitet, wobei diese nach den Prinzipien teilautonomer Gruppenarbeit strukturiert sind.
- Lerninseln sollen auch als Innovationsstätten im Arbeitsprozess fungieren, v.a. arbeitsorganisatorische, soziale und methodische Innovationen hervorbringen.
- Lerninseln sollen in räumlicher Nähe zum realen Arbeitsplatz angesiedelt sein, wodurch die Kontakte zu den KollegInnen nicht unterbrochen werden müssen.

Für Lerninseln ist eine doppelte Infrastruktur kennzeichnend: zum einen eine Arbeitsinfrastruktur, die im Hinblick auf Arbeitsaufgaben, Technik, Arbeitsorganisation und Qualifikationsanforderungen der jeweiligen Arbeitsumgebung entspricht, zum anderen eine Lerninfrastruktur, die zusätzliche räumliche, ausstattungsmäßige und personelle Ressourcen bereitstellt und die Arbeitsaufgaben unter arbeits- und berufspädagogischen Gesichtspunkten aufbereitet. Reflexion ist integraler Bestandteil der Lernprozesse. Die Lerninsel-Gruppe hat dieselbe Arbeit zu verrichten, wie im Alltag, allerdings gibt es mehr Zeit, um gezielt Lernen zu können. In der Lerninsel-Gruppe werden gemeinsam Lernziele vereinbart und deren Erreichung überprüft. Die Verweildauer in der Lerninsel variiert je nach Organisation und Zielsetzung zwischen einigen Wochen und einigen Monaten.

Da Lerninseln in Österreich kaum Verwendung finden, wäre es sinnvoll durch gezielte Promotion und Förderaktionen einerseits den Bekanntheitsgrad und somit in weiterer Folge auch die Akzeptanz in Unter-

-

nehmen sowie öffentlichen Berufsbildungsinstitutionen zu erhöhen.

Ökologische Wirtschaftspolitik:

Einige der herkömmlichen Instrumente nachfrageseitiger Konjunkturbelebungsmaßnahmen (insbesondere **Maßnahmen zur Förderung der Baukonjunktur**) sind zumeist **ökologisch unverträglich**. Die Grünen setzen als **innovatives und ökologisch sinnvolles Gegenkonzept** auf **nachfrageseitige Impulse durch Umweltinvestitionen**.

➤ **Modellprojekt: Weitere Liberalisierungsschritte in der Gewerbeordnung**

Mit der **Gewerberechtsnovelle 2002** wurde eine gewisse Entbürokratisierung erreicht. Von einer **echten Liberalisierung** kann außer im Handelsgewerbe **nicht die Rede** sein. Die Verteidigung einzelner Zugangsbeschränkungen grenzte ans Absurde (z.B. die Möglichkeit, nach Abschluss eines akademischen Studienabschlusses ein Wirtshaus eröffnen zu dürfen, während dies AbsolventInnen einer HAK weiterhin verwehrt bleibt).

Die Liste der 79 gebundenen Gewerbe könnte aus Grüner Sicht in einigen Fällen durchaus hinterfragt werden (Fotografen, Gastwirte, Tapezierer, Fliesenleger etc.). Auf Fragen der Lehrlingsausbildung müsste jedoch Bedacht genommen werden bzw. müsste dieses Recht ausschließlich bei den Meisterbetrieben verbleiben, wobei die **Lehrlingsausbildung im Rahmen von Ausbildungsverbänden forciert** werden soll.

Als Kriterien für eine Liberalisierung weiterer Gewerbe könnten gelten:

- Ja, wenn dadurch weder Leben, Gesundheit oder Vermögen der KonsumentInnen gefährdet sind.
- Ja, wenn es sich um Tätigkeiten handelt, die weitestgehend auch von Heimwerkern durchgeführt werden.
- Ja, wenn es sich um Tätigkeiten mit vorwiegend künstlerischem Charakter handelt.
- Ja, wenn die KonsumentInnen die Qualität der erbrachten Leistung „auf ersten Blick“ gut beurteilen können.

➤ **Modellprojekt: Wohnbausanierung und Wärmedämmung**

Investitionen in **Wohnbausanierung und Wärmedämmung** sowohl öffentlicher Gebäude als auch privater Häuser **fördern beschäftigungsintensive Branchen** (v. a. Klein- und Mittelbetriebe), **erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen** in ökologischen Wachstumsmärkten und tragen zur **Vermeidung von Umweltverschmutzung** (Reduktion der Treibhausgase durch geringeren Ausstoß von CO₂ beim Heizen) bei. Gerade das durch die Klimaveränderung mitverursachte **Hochwasser** zeigt, dass es hoch an der Zeit ist, **Investitionen zur Verbesserung der Umwelt** zu tätigen.

Moderne Innovationspolitik:

Österreichs Wirtschaft ist laut einer neuen WIFO-Studie (WIFO-Ranking) immer noch **stark in traditionellen Sektoren verhaftet** und **in qualitativ hochwertigen, technologieorientierten und wissensintensiven Branchen extrem unterrepräsentiert**. Da diese Wirtschaftsbereiche aber besonders zukunftsweisend sind, sollten gerade hier massive **Unterstützungsmaßnahmen** ansetzen. Spezifische **Förderungen** für Unternehmen und private Personen **zur Anschaffung bzw. zum Ausbau moderner Informations- und Kommunikationstechnologien** sowie für entsprechende **Schulungsprogramme** wären zumindest ein erster Schritt. Weiters sollten **Investitionen in den Ausbau von Breitbandnetzen** (Internetanschlüsse mit hoher Übertragungsrate, die zur Zeit relativ teuer und im wesentlichen nur in Ballungsräumen zur Verfügung stehen) getätigt werden.

➤ **Modellprojekt: Ausbau von Forschungsanreizen für Wirtschaft und Industrie**

Forschungsförderung ist Konjunkturbelebung. Wir brauchen daher verstärkte Anreize für die Wirtschaft, in die Forschung zu investieren. Langfristig müssen die **Forschungsmittel aus der Wirtschaft mindestens verdoppelt** und die Forschungsleistungen systematisiert werden.

Kurzfristige Maßnahmen:

- Möglichst schneller Erlass der für die Umsetzung des Forschungsfreibetrags bzw. der Forschungsprämie notwendigen Verordnung nach dem Konjunkturbelebungsgesetz.
- Rasche und massive Aufstockung des Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft (FFF).

Mittelfristige Maßnahmen

Bessere Bedingungen für die Bereitstellung von Risikokapital und Schaffung eines F&E-freundlichen Investitionsklimas mit entsprechenden steuergesetzlichen Rahmenbedingungen.

- Rückzahlungen staatlicher Starthilfen (Darlehen, Kredite) an die Innovationsagentur bzw. die Bürgesbank sollten stark zeitverzögert beginnen.
- Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen (Starthilfen) in die Forschung sowie in forschungsbasierte start-ups müssen eingeführt werden.
- Steuerliche Begünstigung ökologisch-orientierter und nachhaltiger Innovationen
- Koordinierten Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um stärkere Vernetzung von Forschenden und Investoren zu ermöglichen
- Der Zugang zu relevanten Informationen über Forschungsleistungen und -programme sollte möglichst an einer koordinierenden Stelle zusammenlaufen ("one-stop-shop"), um die Beteiligung von Unternehmen an Forschungsprogrammen bzw. deren Investitionen in F&E zu verbessern.

➤ **Modellprojekt: Förderung von Start-Up-Unternehmen (City Start-Up)**

Ein Beitrag zur Förderung des IKT-Bereichs kann relativ einfach und sehr wirksam bei Kleinunternehmen ansetzen. Sogenannte **Start-Up-Unternehmen** haben zumeist Probleme in der Einrichtung und Aufrechterhaltung ihrer Infrastruktur: Büroräume, administratives Personal, Kreditfinanzierung, Erarbeitung eines breiteren Kundenstocks, etc. Hier kann durch **gezielte öffentliche Förderung** einerseits **für junge Kleinunternehmen** und andererseits in einem höchst innovativen und nach wie vor sehr dynamischen Markt angesetzt werden. Beispielsweise können **leerstehende Geschäftslokale** in Einkaufsstraßen **zu IKT-Zentren umgestaltet** werden.

Zwei Fliegen auf einen Streich: Belebung der vom Aussterben bedrohten Einkaufsstraßen und **Schaffung von neuen und modernen Arbeitsplätzen (IKT-Fachkräfte)**. Diese IKT-Zentren sollen **Orte der Vernetzung** und des Austausches sein. Sie sollen als Geschäftsräume, Schulungszentren und Anlaufstellen für KundInnen genützt werden. Sie können quasi einen professionellen Rahmen (administratives Personal, Bürogeräte, Besprechungszimmer, etc.) für im Entstehen befindliche Unternehmen bieten.

Die Universitäten spielen eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von ForscherInnen und dem Aufbau wissenschaftlicher bzw. technischer Kompetenzen. **Nur Kompetenz, die bereits vorhanden ist, kann mit gewerblichen Anwendern vernetzt und wirtschaftlich genutzt werden.** Wer wissenschaftsorientierte Ausbildung und Forschung (Grundlagenforschung) stiefmütterlich behandelt, weil sie nicht unmittelbar sondern vielleicht erst mittel- bis langfristig profitabel ist, wird sie in Zukunft im Ausland suchen müssen!

Nachhaltige Finanz- und Budgetpolitik:

Orientierung an mittelfristig ausgeglichenem Haushalt:

Aus Grüner Sicht wäre es nun vor allem wichtig eine **koordinierte makroökonomische Stabilisierungspolitik** auf gesamteuropäischer Ebene anzustreben. Dabei ist natürlich weiterhin auf Haushaltsdisziplin zu achten. Jedoch sollte ein **ausgeglichener Haushalt über den Zeitraum einer gesamten Konjunkturperiode** angepeilt werden. Eine **Unterscheidung** von **aktuellem** (also konjunkturabhängigem) und **strukturellem Budget** (bereinigt um Konjunktureinflüsse) wäre dazu sehr hilfreich. In diesem Sinne begrüßen die Grünen auch den ersten Vorstoß der EU-Kommission zur flexibleren Auslegung der Kriterien des Stabilitätspaktes.

➤ **Modellprojekt: Ökosoziale Steuerreform**

Das Grüne Modell der Ökosozialen Steuerreform **ist aufkommensneutral**, geeignet eine ökologisch **nachhaltige (Wirtschafts)Entwicklung** einzuleiten und einen **Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen** zu leisten. Die zentralen Eckpunkte der Ökosozialen Steuerreform bestehen in einer **spürbaren Senkung der Besteuerung des Faktors Arbeit** bei gleichzeitiger **moderater Erhöhung der Energiebesteuerung**. Um verteilungspolitisch unerwünschte Effekte auszugleichen, werden Privatpersonen durch einen „**Ökobonus**“ entlastet.

Im Grünen Modell der Ökosozialen Steuerreform wird eine Umschichtung und - damit ein ökologischer Lenkungseffekt - in Angriff genommen, indem die **Steuern auf Erwerbsarbeit gesenkt** und jene auf den Verbrauch von Energie erhöht werden. Die niedrigere Besteuerung von Arbeit soll zusätzliche **Arbeitsplätze schaffen**. Gleichzeitig soll die **moderate Anhebung der Besteuerung von Energie** zu einer **Verbrauchsreduktion** und dem **Einsatz energieeffizienter Technologien und Verkehrssysteme** führen. Die aufkommensneutrale Gestaltung des Steuermodells stellt sicher, dass es **in Summe zu keiner zusätzlichen Steuerbelastung** führt. Obergrenzen für bestimmte energieintensive Wirtschaftszweige und ein jährlicher finanzieller „**Ökobonus**“ für Haushalte gewährleisten, dass auch bei Einzelpersonen und Betrieben **keine unzumutbaren Mehrbelastungen** entstehen. Eine **soziale Abfederung** stellt überdies ein ausgiebig dotierter **Fonds für Härtefälle** sicher. Ziel einer solchen Ökosteuern ist ein sozial ausgewogener, ökologischer Lenkungseffekt, **keine Budgetmehreinnahmen für den Staat**.

➤ **Modellprojekt: Entlastung unterer Einkommenschichten**

durch eine **Herabsetzung der Krankenversicherungsbeiträge** insbesondere für niedrige EinkommensbezieherInnen **bei gleichzeitiger Aufhebung der Höchstbeitragsgrundlage**. Unser Vorschlag hat zwei Effekte: Er **erhöht** einerseits die **Kaufkraft** und **wirkt somit nachfragefördernd**. Gerade Personen mit geringem Einkommen haben eine deutlich höhere Konsumneigung. Andererseits wurden **Personen**, die sich **am unteren Ende der Einkommensskala** befinden, **vom Sparkurs der Regierung überproportional stark belastet**. Es ist darauf hinzuweisen, dass die von den Grünen vorgeschlagene steuerpolitische Maßnahme sowohl **aufkommensneutral als auch konjunkturfördernd** ist und darüber hinaus, **verteilungspolitisch** betrachtet, deutlich **höhere Effekte** aufweist, als die Vorschläge der anderen Parteien, die zumeist auf eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer abzielen.